



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

Sumult. Unmittelbar darauf wurde Mahmud Scheffet Pascha zum Großwesir und Kriegsminister ausgerufen, wodurch die jungtürkische Partei wieder zur Macht kam. Die vom Balkanbunde gestellten Friedensbedingungen wurden abgelehnt, worauf Bulgarien und Serbien am 3. Februar wieder zu den Waffen griffen.

*

Ausgleich des österreichisch-russischen Gegensatzes

In Petersburg sah man die Erneuerung des Krieges mit Mißbehagen, da der Bulgarenkönig kein Hehl daraus machte, daß er in Konstantinopel einzuziehen beabsichtige. Als ihm die russische Regierung ihre Unzufriedenheit ausdrückte, berief er sich auf das stürmische Verlangen seines Heeres und versicherte, er werde nach der Einnahme Konstantinopels nur zwei Tage daselbst weilen, um seinem Volke eine Genugtuung zu bereiten. Unwillig ließ Sasonow dem bulgarischen Gesandten sagen, er brauche ihn nicht zu besuchen, da dessen Regierung doch tue, was ihr gut dünke.

Diese mißliche Erfahrung war ein Grund mehr, weshalb der Eifer des Petersburger Kabinetts für die christlichen Balkanstaaten erkaltete. Rußland hatte nur das Interesse, Serbien und Montenegro nicht unter die Botmäßigkeit Osterreich-Ungarns geraten zu lassen. Das war auch der Antrieb zu den großen vom Zaren bei Ausbruch des Balkankrieges angeordneten Rüstungen gewesen; die Donaumonarchie sollte von der Einmischung in den Balkankrieg abgeschreckt werden. Um Neujahr 1913 wurde die Zahl der zu den Fahnen berufenen russischen Reservisten auf eine Million geschätzt; am 8. Januar befahl der Kriegsminister, diese angeblich zu einer Probemobilisierung eingezogenen Mannschaften bis August im Dienste zu behalten.

Indessen wollte Rußland nur verhindern, daß Österreich-Ungarn den Balkanstaaten das Gesetz auferlege; sonst wurden die kleinen slawischen Brüder mehr benützt als gestützt. Im Januar erhielt die serbische Regierung die Mitteilung, daß ihre Ansprüche auf einen albanischen Hafen nicht unterstützt werden könnten, da der Widerstand Österreich-Ungarns und Italiens nicht zu überwinden sei. Damit war eine Schwierigkeit aus dem Wege geräumt, aber der Streit um Fehen albanischen Landes dauerte fort. Montenegro warf sein Auge auf Skutari, die größte Stadt Albaniens; Serbien auf die Hochfläche Ostalbaniens, mit den Städten Diakowa, Ipel und Prizrend; Griechenland lugte von der bereits besetzten Insel Saseno auf den Hafen von Valona aus. Wurden diese Wünsche erfüllt, so blieb den Albanesen nur mehr ein wirtschaftlich wertloses Karstland, etwas größer zwar als Montenegro, aber schwächer als dieses, weil hier ein nationales Fürstenhaus waltete. Mehrere Monate feilschten die Kabinette von Wien und Petersburg um die einzelnen Städte, eine Verhandlung, die der panslawistische Chorus in Moskau und Petersburg mit blutrünstigen Drohungen gegen Österreich-Ungarn begleitete. Zunächst ließ die russische Regierung die Gebrüder gewähren, um in Wien behaupten zu können, daß sie bei der bedenklichen Erregung der Geister nicht nachgeben könne. So verschob sich der Schnittpunkt der österreichisch-ungarischen und der russischen Bestrebungen an die Küste der Adria, wo Rußland im Grunde nichts zu suchen hatte. Das Ringen um Gestalt und Grenzen des zu schaffenden Albanien galt keinem wirklichen Interesse des Zarenreiches, sondern war eine überflüssige Kraftprobe, die das Schlimmste besorgen ließ, wenn sich jeder Teil versteifte.

Aus diesem Wirrsal einen Ausweg suchend, sandte das Wiener Kabinett den Prinzen Gottfried von Hohenlohe, den späteren Botschafter in Berlin, nach Petersburg. Er überbrachte dem Zaren ein Handschreiben des Kaisers Franz Josef, fand aber anfangs unfreundliche Aufnahme. Sasonow sprach beim ersten Zusammentreffen mit ihm so hochmütig, daß Hohenlohe das Gespräch abbrach und erklärte, unter

folchen Umständen wäre eine Verhandlung fruchtlos. Diesem unfreundlichen Anfange folgte jedoch am 4. Februar eine günstig verlaufende Audienz Hohenlohes beim Zaren, worauf Sasonow mildere Saiten aufzog. Dann empfing der Zar den Prinzen am 8. Februar noch einmal und die zwei Unterredungen hatten, ohne daß etwas Bestimmtes abgemacht wurde, das Ergebnis eines Nachlassens der Spannung. Der Zar zeigte sich friedenswillig, aber von Mißtrauen erfüllt. So fragte er Hohenlohe, ob es wahr sei, daß der österreichische Thronfolger gesagt habe, sein sehnlichster Wunsch sei der Einmarsch in Rußland an der Spitze seiner Truppen. Man sieht, daß die russische Kriegspartei das Verhältnis durch derartige Gerüchte zu vergiften bemüht war, denn Erzherzog Franz Ferdinand war damals im Sinne des Friedens tätig und lag deshalb mit dem Chef des Generalstabes, Conrad von Höhendorf, im Zwist. Die Gespräche im Zarenpalaste drehten sich um die Rüstungen, die Nikolaus II., soweit es sich um Rußland handelte, als unbedenklich hinstellte, wieder betonend, sie wären nur erfolgt, um zu verhindern, daß Osterreich-Ungarn den südslawischen Staaten die Siegesbeute entreiße. Beruhigend war, daß Nikolaus II. wiederholte, er wirke immer mäßigend auf Serbien ein — ob er denn nicht genug für Osterreich-Ungarn getan habe, indem er das Belgrader Kabinett vermochte, die Räumung der albanischen Küste zu versprechen? Und er bürge dafür, daß Serbien sein Versprechen halten werde. Die Gespräche endeten mit gegenseitigen Versicherungen ehrlichen Friedenswillens, deren Übermittlung an den Kaiser von Osterreich vom Zaren mit einer gewissen Herzlichkeit verlangt wurde.

Als Prinz von Hohenlohe am 10. Februar in Wien anlangte, berichtete er, sein Eindruck von der Stimmung in Petersburg sei der, daß alles von der Bereitwilligkeit Osterreich-Ungarns zur Demobilisierung abhängе; sonst müsse man sich auf Krieg gefaßt machen. Dementsprechend wandten sich die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg diesem Gegenstande zu und nahmen einen günstigen Verlauf. Gleichzeitig wich die russische Regierung in der albanischen Angelegenheit wieder einen Schritt zurück. Sie teilte der Londoner Kon-

ferenz ihre Bereitwilligkeit mit, Skutari bei Albanien zu belassen, unter der Bedingung, daß Diakowa, Ipel und Prizrend davon abgetrennt würden. Die Nachricht, daß Skutari den Montenegrinern entgegen werde, schlug bei den Panflawisten wie eine Bombe ein; dröhnende Proteste wurden zu Moskau in Versammlungen und Straßenaufzügen erhoben, die „Nowoje Wremja“ forderte ironisch, die Sängerbücke in Petersburg, an der sich das Ministerium des Äußeren befand, solle auf den Namen Berchtoldbrücke umgetauft werden. Indessen behielt Sasonow, dessen Rücktritt auch von einigen Großfürsten gefordert wurde, mit Hilfe des Ministerpräsidenten Kowzew die Oberhand. Da der Zar seinen Ministern zustimmte, machten sie mit den unbequem gewordenen Lärmern nicht viel Federlesens und verboten jede Art nationalistischer Kundgebung. Sofort trat Stille ein, da der Panflawismus damals in den Massen ebensowenig Wurzel besaß wie früher. Während die zähe Verhandlung über Albanien weiter vonstatten ging, kam es in der wichtigeren Abrüstungsfrage zur Einigung. Die deutsche Regierung vermittelte eifrig. Kaiser Wilhelm schrieb am 24. Februar 1913 an den österreichischen Thronfolger einen verständigen Brief, in dem es hieß:

„Ich möchte glauben, daß Ihr die allmähliche Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen unbedenklich ins Auge fassen könntet, natürlich unter der Voraussetzung, daß Rußland dasselbe tut. Das würde aber nach meinen Nachrichten zweifellos auch eintreten. Vielleicht hat die Mission von Hohenlohe in dieser Hinsicht schon die Wege geebnet. Ich würde es sehr begrüßen. Osterreich-Ungarn würde dadurch der Welt beweisen, daß es nicht nervös ist, und zugleich die Sympathie aller auf seine Seite ziehen.“

So sagten sich die Kabinette von Wien und Petersburg am 11. März gegenseitig zu, die an den Grenzen der beiden Reiche angeordneten Mobilisierungen rückgängig zu machen. Das war ein Sieg der Vernunft über das gegenseitige Mißtrauen und ein Ende von Millionenausgaben, die insbesondere die schwachen österreichisch-ungarischen Finanzen hart belasteten. Indessen hörte das Rüstungsfieber da-

mit nicht vollständig auf. Da die Montenegriner Skutari trotz allen schönen Zusagen Rußlands weiter belagerten und die Serben aus Durazzo und sonst aus Albanien noch immer nicht abzogen, blieb es bei den militärischen Maßnahmen Osterreich-Ungarns an der Grenze der beiden Staaten. Doch machte das Wiener Kabinett einen entgegengerichteten Schritt. Es beharrte zwar darauf, daß Skutari und Diakowa Albanien einzuverleiben wären, gab aber Prizrend und Spet preis. Diakowa blieb noch einige Zeit der Zankapfel. Die deutsche Regierung wünschte jedoch einen rascheren Verlauf und erklärte in Wien, es sei dem Deutschen Reiche, bei all seiner Bündnistreue, in der es nie wanken werde, nicht zuzumuten, um Diakowas willen einen Krieg gegen Rußland zu führen. Es wird noch Gelegenheit sein, auf das Verhalten des Berliner Kabinetts zurückzukommen, besonders auch auf die unangenehme Überraschung, die der neue deutsche Staatssekretär, Jagow, dem österreichischen Minister bei ihrer im März 1913 stattfindenden Unterredung bereitete. Diesem Drucke folgend, wurde man in Wien zuletzt weich, und Berchtold erklärte am 20. März, er bestehe nicht länger auf seiner Forderung, wenn er auch nochmals betonte, daß die an Serbien überlassene Hochfläche mit Diakowa, Spet und Prizrend überwiegend von Albanesen bewohnt sei. Für Albanien waren aber doch Skutari und Durazzo mit der übrigen Küste gerettet.

Das war der Inhalt des von der Londoner Botschafterkonferenz einhellig gefaßten Beschlusses über die Grenzen Albaniens. Alle Welt beglückwünschte Sir Edward Grey zu dem Ergebnisse; schon am 10. März gab ihm der Premierminister das Zeugnis, er leite die Konferenz mit „beispielloser Geduld, Entschlossenheit, Bestimmtheit und Umsicht“. In dieser Krise arbeitete das Londoner Kabinett mit dem Berliner oft zusammen, in der Art, daß Deutschland in Wien mäßigend einwirkte, während die englische Diplomatie auf der anderen Seite in Petersburg wie bei den Balkanstaaten zur Nachgiebigkeit riet. Die Beziehungen zwischen den zwei Machtgruppen, so erklärte Asquith in jener Rede, seien herzlicher geworden, wenn auch jede von ihnen unverändert so blieb, wie sie war. Die Verständigung über die

Balkanangelegenheiten sei ein sehr angenehmer Zug der jüngsten Geschichte gewesen, und darin habe England in gemeinsamem Wunsche mit Deutschland zusammengearbeitet.

*

Verlauf des zweiten Balkankrieges

Unterdessen versuchten die Türken noch einmal das entschwindende Kriegsglück zu halten. Das führte zu den Kämpfen vom 7. Januar bis zum 16. April 1913, die den Verbündeten viel, aber nicht alles Erstrebt brachten. Das Wichtigste war, ob es dem bulgarischen Heere gelingen werde, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Während des Waffenstillstandes hatten die Türken die die Hauptstadt deckende Tschataldscha-Linie noch stärker befestigt und die Bulgaren sahen ein, daß sie sich bei einem Stirnangriffe wieder blutige Köpfe holen würden. Sie wandten sich also vorerst nicht gegen die Halbinsel, auf der Stambul liegt, sondern gegen die von Gallipoli, von der die Dardanellen beherrscht werden. Fiel Gallipoli, so konnte die griechische Flotte ins Marmarameer eindringen und Konstantinopel wurde dann von der Land- wie von der Seeseite bedrängt. Es war nun ein Wendepunkt im Schicksal Bulgariens, daß der Anschlag auf die Halbinsel von Gallipoli mißlang, da die Türken dort, wo die Halbinsel sich vom Festland löst, kräftig widerstanden. Enver Bey als Generalstabschef begnügte sich aber nicht mit der Verteidigung, sondern führte eine Heeresabteilung nach Scharköj in den Rücken der bulgarischen Armee, um sie ins Meer zu werfen. Aber auch sein Angriff mißlang, womit der Kampf zum Stehen kam. Wenngleich Enver Bey nicht einen Umschwung herbeizuführen vermochte, ging aus diesen Kämpfen doch hervor, daß die militärische Kraft der Türken nicht gebrochen war. Auch zeigte sich, daß die Bulgaren so unwiderstehlich nicht waren, wie sie sich schmeickelten; die Blutverluste im ersten Abschnitte des Krieges hatten